



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Er winkte ihr, während sie immer noch unbeweglich in ihrer Sofaecke saß, freundlich von der Thür aus mit der Hand und ging hinaus.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Staatssozialismus. Warum wir die dumme Sozial- und Wirtschaftspolitik nicht endlich einmal beiseite ließen und uns lieber mehr auf Kunst und Wissenschaft verlegten, hat jüngst ein guter Freund der Grenzboten gefragt. Ja, dann müßten wir den ersten der drei Programmgegenstände, die der Umschlag ankündigt, einfach streichen, denn was haben wir denn heute noch Politisches außer der Getreide-, Spiritus-, Zucker-, Margarine-, Schweine-, Tabak-, Eisen-, Duebrach-, Gewerbe- und Arbeiterpolitik? Wer dürfte auf Zuhörer und Leser rechnen, wenn er etwas andres brächte? Und bei Lichte besehen, sind diese nützlichen Gegenstände in unsrer realistischen Zeit, die Schönheit nicht mehr zu den Erfordernissen der Objekte und Modelle rechnet, gar nicht so unästhetisch. Werden sie doch auch mit solchem Pathos und solchem Schwung behandelt, herrscht doch in ihrer Behandlung so viel dichterische Freiheit, daß unsre Parlamente schon längst die eigentliche Geburtsstätte der modernen Poesie geworden sind. Ein reicher Kranz von Liedern, wie das von der Pfeife des armen Mannes und das vom geklickten Strohdache des armen Grafen, schlingt sich um diese neuen Musestätten, der Roggenpreis ist das neue goldne Bließ, um das der Kampf entbrennt, der, da er nur in Worten geführt wird, gleich selber zum Epos in 24 Gesängen, alias Kommissionsitzungen wird, über Spiritus und Zucker werden jetzt eben die schönsten Novellen gedichtet, und die Verhandlung über die Tabaksteuer hat so reizend mit einem burlesk dramatischen „Bum“ geschlossen wie die Introduction zum „Versprechen hinter dem Herd.“

Abgesehen von der Tabaksteuer tragen alle andern schwebenden Steuer- und Zollfragen den deutlichen Stempel des Sozialismus an sich. Dem Grafen Kanitz hats in der Kommissionsitzung am 15. Mai Bollmar haarklein bewiesen, daß die Annahme seines Antrags die Verstaatlichung der Landwirtschaft zur Folge haben müßte, und Zentrum und Nationalliberale haben übereinstimmend geurteilt: Bollmar hat Recht! Zwar beteuern unsre Herrn Staatssozialisten in einem fort: Unsre Vorschläge sind bloß sozial, nicht sozialdemokratisch, sie stehen auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung; allein keine neue Ordnung fällt vom Himmel, jede erwächst aus ihrer Vorgängerin, und der Unterschied zwischen agrarisch-sozial und sozialdemokratisch besteht hauptsächlich nur darin, daß es zwei verschiedene Klassen sind, deren jede unter dem sozialen Panier ihr eignes Interesse vertritt, und daß die Sozialdemokraten weiter hinaussehen. Das Wesentliche des Sozialismus tritt in den schwebenden Gesekentwürfen deutlich hervor: sie sollen teils durch Beschränkung der Produktion oder der Einfuhr, teils durch Ausfuhrprämien den Preis der Produkte heben und dem Produzenten das Einkommen sichern, auf das er Anspruch zu haben glaubt, und sie greifen tief in die freie Erwerbsthätigkeit ein

durch allerlei Beschränkungen: Überwachung, Vorschriften für die Einrichtung des Betriebs und für die Art des Verkaufs. In letzterer Beziehung leisten die Herren von der Freien wirtschaftlichen Vereinigung das stärkste, indem sie beantragen, daß jede Anlage zur Herstellung von Butter, Margarine und Käse bei der Ortspolizei angemeldet werden, und diese den Betrieb ständig überwachen soll, sodaß also, wenn es den Herren nach geht, zu jedem Butterfaß ein Polizist gestellt werden wird. Daß die Schutzollpolitik bankrott und nichts als ein müßter, aussichtsloser Krieg aller gegen alle sei, hat am 13. der Prinz Ludwig, selbst ein tüchtiger Landwirt, auf der Wanderversammlung bairischer Landwirte zu Nürnberg sehr schön klar gemacht; der Landwirt, sagte er unter anderm, wolle gerade so wie der Industrielle Schutzoll für seine eignen Erzeugnisse und Freihandel für das, was er kaufen muß, und das sei eben unmöglich. Da bleibt denn weiter nichts übrig, als „die anarchische Produktion zu regeln,“ wie es die Sozialisten verlangen, denn das Ende aller Betrachtungen über die neuen Entwürfe lautet immer (auch in der Reichstagsrede des Staatssekretärs Grafen Posadowsky am 17.): wenn es nicht gelingt, die Produktion einzuschränken, dann nützt alles nichts. Freilich, gerade darin sind diese Entwürfe nicht sozialistisch, denn nicht die Einschränkung zum Zwecke der Preiserhöhung, sondern die Anpassung der Produktion an den Bedarf würde man bei einer echt sozialistischen Regelung im Auge haben müssen; aber aus dem ersten ergibt sich das zweite mit der Zeit von selbst; nimmt der Staat einen Produktionszweig nach dem andern in die Hand, so kann er auf die Dauer nicht Sonderinteressen fördern, sondern muß zwischen den widersprechenden Interessen das Gleichgewicht herstellen.

Während so das Reich für die Besitzenden Sozialismus treibt, thut es der Staat Preußen für die Besitzlosen, indem die Regierung dem Landtage die Verstaatlichung der Verpflegungsstationen vorschlägt. Die Präposition „für“ hat zwar an der zweiten Stelle einen etwas andern Sinn als an der ersten, indem es bei den „notleidenden“ Landwirten wirklich auf ihren eignen Nutzen, bei den wachsenden Arbeitern aber mehr auf die Bequemlichkeit der von ihnen Heimgesuchten abgesehen ist, doch ändert das nichts an der Hauptsache. Schön ist diese „Verstaatlichung der Nächstenliebe“ ja nicht, darin haben Stöcker, von Heereman und die Christliche Welt Recht; aber was bleibt andres übrig? Die „christliche Liebe,“ der übrigens schon recht viel Polizei beigemischt war, hat eben nicht hingereicht, und dabei schmilzt die Zahl der Verpflegungsstationen immer mehr zusammen; 1892 gab es in Preußen noch 897, jetzt giebt es nur noch 153, individuelle Beschäftigung der Privatwohlthätigkeit aber ist durch das Bettelverbot ausgeschlossen. Wir haben schon vor ein paar Jahren gesagt, es bleibe nur eins von zweien übrig: entweder das Bettelverbot aufheben, oder von Staats wegen für Arbeit sorgen. Gerade so urteilt jetzt auch der Reichsbote: der gegenwärtige Zustand sei unerträglich und unhaltbar; für die Wanderburschen bestesie gesetzlich das Bettelverbot, thatsächlich aber der Bettelzwang. Die Freizügigkeit aufzuheben, sei auch nicht möglich, denn da müßte jedem an seinem Geburtsorte lebenslängliche Arbeit zugesichert werden. Demnach sei der von der Regierung eingeschlagne Ausweg der einzig gangbare und vernünftige. Das Land solle mit einem Netz von Verpflegungsstationen überzogen werden, die zugleich Wanderarbeitsstätten und deren Benutzung obligatorisch sein würde. Dadurch werde dem „Mißbrauch“ der Freizügigkeit ein Ende gemacht. „Jedem mittellosen Wanderer ... wird sein Wanderweg ganz bestimmt vorgeschrieben, und das Verlassen dieses Weges macht ihn sofort der Wohlthat verlustig und setzt ihn der verdienten Strafe aus. ... Wer sich weigert, eine

ihm nachgewiesene passende Arbeitsstelle anzunehmen, wird straffällig. Wer längere Zeit zwecklos gewandert ist [zwecklos, das wird in den meisten Fällen erfolglos bedeuten], dem wird die weitere Benutzung der Verpflegungsstationen untersagt. Er kann sich in eine Arbeiterkolonie begeben. [Kann? Muß, wenn er nicht ins Gefängnis will.] Sind die Arbeiterkolonien gefüllt, so wird sich weiter Rat finden.“ Wie wird dieser Rat aussehen? Der Reichsbote meint, die dauernd Überschlüssigen würden zur Landwirtschaft zurückzuführen sein. Wie aber, wenn man dort, wo am meisten über den Mangel an ländlichen Arbeitern geklagt wird, die angeblich fehlenden gar nicht ständig, sondern nur „für die Kampagne“ brauchen kann und daher nach wie vor Leute aus Russischpolen und Sachse ngänger vorzieht?

Der Sozialismus ist mit der Gesellschaft gegeben, denn sozial heißt ja weiter nichts als gesellschaftlich. Der Staat selber ist eine soziale, oder was ziemlich dasselbe ist, eine sozialistische Einrichtung, ebenso die Gemeinde. Aber soll die Gesellschaft eine menschliche bleiben und sich nicht in einen Bienenstaat verwandeln, so muß den einzelnen Mitgliedern ihre persönliche Freiheit gewahrt werden, die sehr eng mit der wirtschaftlichen zusammenhängt. Wie weit das gelingt, das hängt nicht vom Belieben und von Theorien, sondern von den wirtschaftlichen Zuständen ab; die Gefahr der Vernichtung der Individualitäten durch den Sozialismus wird dadurch nicht wesentlich größer, daß die Arbeiter grundsätzlich darauf lossteuern, und dadurch nicht wesentlich kleiner, daß sich die Besitzenden dagegen sträuben. Die Grenze zwischen Individualismus und Sozialismus schwankt nach einem unabänderlichen Gesetze hin und her. Je mehr Volksgenossen eignen Grundbesitz haben, je mehr Arbeitsgelegenheit im Überfluß vorhanden ist, je sicherer die Waren auf einem nahen Markte Absatz finden, in desto weiterem Umfange ist die wirtschaftliche Freiheit der Einzelnen gesichert; je größer die Zahl der Besitzlosen ist, je schwieriger es wird, Arbeit zu finden und Waren abzusetzen, desto weiter muß der soziale Zwang greifen, wenn nicht der Krieg aller gegen alle die Gesellschaft vernichten soll.

Religiöse Probleme. Fangen wir mit dem Anfang an und lassen wir uns belehren, daß das, was man bisher für den Anfang gehalten hat, gar nicht der Anfang sei. Arthur Stenkel beweist in seiner Schrift: Welterschöpfung, Sintflut und Gott (Braunschweig, Mauert und Rocco Nachfolger, 1894), daß die Welterschöpfungssagen der Völker nicht Kosmogonien, sondern Erzählungen der Neuordnung der Natur nach der Sintflut seien, und zwar sei unter der Sintflut nicht das Diluvium der Geologie, sondern „eine Katastrophe im Beginne unsrer Zeitrechnung“ zu verstehen. Die Tage des Hexaemeron der Genesis seien wirkliche Tage von vierundzwanzig Stunden, nicht geologische Perioden von vielen tausend Jahren, der in den Sagen auftretende Gott aber, dessen Name in den meisten Sprachen eine Lichterscheinung bedeute, sei ein Komet, und zwar wahrscheinlich der zweigeschwänzige von 1807. Solche Katastrophen wie die Sintflut wiederholen sich periodisch, und während sich die letzte wahrscheinlich im September des Jahres 3332 v. Chr. ereignet hat, haben wir die nächste im Jahre 7132 unsrer Zeitrechnung zu erwarten. Schade, daß sie nicht 5200 Jahre früher eintritt! Wie einfach würde sie dann alle unsre brennenden Fragen lösen, und welche Ararate überflüssigen Papiers werden sich noch aufstürmen, wenn sie erst so spät kommt! Die wissenschaftliche Prüfung des kleinen Buchs überlassen wir den Geologen, Astronomen und Sprachkundigen; die darin zusammengestellten Welterschöpfungs- und Flutsagen liest auch der Laie gern einmal durch. — Ein Franzose besichert uns ein neues Leben Jesu: Jesus von Nazareth, vom wissenschaftlichen, geschichtlichen

und gesellschaftlichen Standpunkte aus dargestellt von Paul de Negla (Dr. P. A. Desjardin). Aus dem Französischen übertragen von Dr. Albrecht Just (Leipzig, C. E. M. Pfeffer, 1894). Aus einer Anmerkung erfahren wir, daß Desjardin ein Arzt ist, der schon vor sechsunddreißig Jahren mit dem Elektromagnetismus wunderbare Erfolge erzielte. Darin lag für ihn der Anknüpfungspunkt für eine wissenschaftliche Behandlung des Lebens Jesu: er brauchte nach seinen Erfahrungen die Wunder Jesu weder für erlogene noch für Wirkungen einer übernatürlichen Kraft zu halten. (Vor fünfunddreißig Jahren kannten wir einen alten Arzt, der behauptete, das Quantum der Medikamente, die er zur Heilung eines Kranken brauche, richte sich nach dem Grade seiner Gläubigkeit; ein Ungläubiger müsse viele Flaschen voll schlucken, ein ganz Gläubiger werde auf das bloße Wort des Arztes gesund.) Es ist aber nicht bloß das medizinische Interesse, was den Franzosen zum Studium der Evangelien veranlaßt hat, sondern eine der Egidyanischen verwandte Geistesrichtung. Er stellt Christus weit höher, als es Renan thut, noch weniger denkt er daran, ihn mit David Strauß in einen Mythos aufzulösen. Für die Erforschung des neutestamentlichen Materials gilt ihm als Richtschnur der Satz: „Die Unwissenheit leugnet, die Dummheit glaubt, die Albernheit weiß, die wahre Einsicht zweifelt und beobachtet.“ (S. 140.) Er ist von Begeisterung für Jesus und seine Religion erfüllt, von der er sagt, daß sie mit ihrem Urheber gestorben sei; für die Wiederherstellung des echten „Jesutums“ oder „Jesunismus“ soll sein Buch wirken. Jesus, schreibt er Seite 377, „war nicht der Mann einer sich abschließenden Gesellschaft, einer Partei oder auch nur einer Schule. Er war die herrlichste, die erhabenste Verkörperung des Gottesgedankens in seiner umfassendsten und hochherzigsten Bedeutung. Er war der Genius von allem, was die am bestehenden hangenden Verehrer der althergebrachten Bräuche, Vorurteile und Bevorrechte den »Umsturz« nennen, um nicht Umschwung sagen zu müssen.“ Mit einem pathetischen Nachwort „an die Märtyrer der Freiheit, an die Unglücklichen und Bedrückten!“ schließt das Buch, das den Kirchengläubigen zum Ärgernis, den Gläubigen Egidyanischer Richtung zur Erbauung dienen wird. Die Übersetzung ist nicht übel. — Die Lebensfragen, aus den Papieren eines Denkers herausgegeben von August Sperl (München, C. F. Beck, 1894), sind religiöse, ethische und philosophische Betrachtungen und Erfahrungen, Regeln gewöhnlicher Weltklugheit und tieferer christlicher Lebensweisheit, die der längst verstorbene Ansbacher Schulrat Christian von Bomhard, ein frommer und geistvoller Mann, vor vierzig Jahren für seinen Sohn aufgezeichnet hat. Die Blätter empfehlen vor allem Selbstüberwindung, Enthaltensamkeit, stilles Wirken in bescheidener Zurückgezogenheit. Von dem Gymnasialunterricht seiner Zeit hält Bomhard nicht viel, aber nicht deswegen, weil die alten Sprachen gelehrt, sondern deswegen, weil sie nicht erlernt werden. Die alten Klassiker, namentlich die Stoiker schätzt er hoch, die neuen desto geringer; den Einfluß Goethes und der übrigen Weimaraner erklärt er für verderblich. — Zu den schwierigsten Problemen gehört die genaue Ermittlung der Art und des Grades der Wirkungen, die das Christentum und seine verschiedenen Konfessionen auf die Völker ausgeübt haben und noch ausüben. Die Religiös-sozialen Bilder aus der Geschichte des deutschen Bürgertums von G. Maiß (Leipzig, Reinhold Werther, 1893) wollen zu seiner Lösung einen Beitrag liefern. Sie „verfolgen die Entstehung und Entwicklung des dritten deutschen Volksstandes unter dem religiös-sozialen Gesichtspunkt.“ Der Zweck des Verfassers ist, „in anschaulicher Schilderung darzutun, wie aus der selbstsüchtigen Feudalgesellschaft heraus die in ihrer Existenz bedrohte Volksmasse durch die Städtegründung Heil und Rettung gefunden hat, und wie das Stadtbürgertum in poli-

tischer und kultureller (!) Hinsicht entscheidend auf die Geschichte des deutschen Volks eingewirkt hat, jedoch nur oder doch vorherrschend unter Mitwirkung der Religion und Kirche als des Ferments der sozialgeschichtlichen Entwicklung." Das Werk bietet der Hauptsache nach dem großen Publikum einen Ersatz für die ihm nicht zugängliche Fachlitteratur, die es, weil auf selbständigen Studien beruhend, in einzelnen Stücken ergänzt; es erinnert namentlich an das große Werk Ludwig von Maurers. Aber für den angegebenen Zweck leisten die uns vorliegenden zwei Hefte, die zwei Drittel des ersten Bandes bilden (ein zweiter soll folgen), eigentlich wenig; denn die Schilderung des Einflusses der Reformation auf Sittlichkeit, Schule und Armenpflege bringt nur allgemein bekanntes. Wäre der Verfasser auf die Geschichte Münzers und der Wiedertäufer, die er mit vier Seiten abfertigt, näher eingegangen, so würde es vielleicht ihm selber einigermaßen zweifelhaft geworden sein, ob wirklich die Religion immer das „Ferment“ der sozialpolitischen Entwicklung sei, und ob nicht Umwälzungen der Technik diese Bezeichnung in höherem Maße verdienen. In einer Zeit, wo die Sozialdemokraten die Weltgeschichte vom materialistischen Standpunkte aus behandeln und die sozialen Bewegungen des Reformationszeitalters für ihre Zwecke durchforschen und verwenden (z. B. in der von Bernstein und Kautsky herausgegebenen Geschichte des Sozialismus, deren erste Lieferungen wir in dem vorjährigen Heft 45 besprochen haben), darf ein Historiker, der die deutsche Städtegeschichte vom christlichen Standpunkte aus behandeln will, diese schwierige Frage nicht umgehen.



Litteratur

In dem Verlage von J. Guttentag in Berlin sind folgende drei neuen staatsrechtlichen Bücher erschienen: 1. der erste Band des Staatsrechts des deutschen Reichs von Dr. Philipp Born, Geheimem Justizrat, ordentlichem Professor der Rechte zu Königsberg i. Pr., zweite völlig neu bearbeitete Auflage. Der Verfasser behandelt in diesem ersten Bande das Verfassungsrecht in der knappen, scharf logisch zugespitzten und dabei doch den Inhalt völlig erschöpfenden Darstellungsweise, die ihn auszeichnet. Dabei giebt er in den Anmerkungen, in die allein er überdies die Polemik verweist, die vollständige Litteratur. Wertvoll und namentlich für die Gegenwart interessant ist der letzte Abschnitt des Buchs, der über unsre Kolonien (Erwerb, staatsrechtliche Organisation und materielles Recht) handelt. Es wäre zu wünschen, daß die treffende Bemerkung über die der englischen South West-African-Company erteilte Damaralandkonzession (vom Jahre 1892) an maßgebender Stelle Beachtung fände. Daß eine fremde Kolonialgesellschaft Staatshoheitsrechte des deutschen Reichs ausübt, in Vollmacht des deutschen Reichs die souveräne Gewalt über Damaraland hat, hält der Verfasser für unvereinbar mit dem Begriff der deutschen Staatshoheit und weder dem geltenden Recht noch der Würde des deutschen Reichs angemessen. Vortrefflich sowohl nach seiner geschichtlichen als nach seiner dogmatischen Richtung ist auch der Abschnitt über das Reichsbeamtenrecht, wenn wir auch die Auffassung über die Begründung des Beamtenverhältnisses durch *lex specialis* nicht teilen können, sondern mit Laband und Zellinek